



## **Amtsgericht Kerpen**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Freitag, 17.07.2026, 09:30 Uhr,  
1. Etage, Sitzungssaal 108, Nordring 2 - 8, 50171 Kerpen**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Buschbell, Blatt 1019,**

**BV lfd. Nr. 1**

Gemarkung Buschbell, Flur 09, Flurstück 496/74, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Ulrichstraße 77, Größe: 605 m<sup>2</sup>

versteigert werden.

Bei dem Grundbesitz handelt es sich um ein Grundstück in Buschbell, bebaut mit einem abbruchreifen teilunterkellerten Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung und integrierter Garage, bestehend aus einem eingeschossigen Vorderhaus mit ausgebautem Dachgeschoss und einem zweigeschossigen Hinterhaus mit wohnraumähnlich ausgebautem Dachgeschoss, mit einer weiteren Bauparzelle. Bauj. 1947; Umbau/ Erweiterung 1963, Grundstücksgröße 605 qm. Das Objekt ist unbewohnt. Brandschaden im Dachgeschoss. Das Grundstück grenzt an die Erschließungsanlage "Im Putzgarten", für die voraussichtlich noch Erschließungsbeiträge nach § 127 ff BauGB erhoben werden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 29.01.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

269.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.